Presse

Geheimdienst muss Auskunft geben

Der Bundesnachrichtendienst (BND) muss unter bestimmten Umständen offenlegen, ob er Informationen an Journalisten weitergegeben hat. Das geht aus einer einstweiligen Anordnung des Bundesverwaltungsgerichts hervor. Anlass ist die Klage eines Redakteurs des Berliner „Tagesspiegel“, der wissen will, ob Journalisten über Geheimdiensterkenntnisse zum Putschversuch in der Türkei informiert wurden, bevor sich BND-Chef Bruno Kahl dazu im SPIEGEL (12/2017) erstmals öffentlich geäußert hatte. Der BND hatte sich geweigert, die Auskunft zu erteilen. Kahl hatte im März dem SPIEGEL erklärt, er habe keine Anzeichen dafür, dass die Gülen-Bewegung hinter dem Putsch stecke. Das Gericht entschied nun, die verlangten Auskünfte seien keine „geheimhaltungsbedürftige Tatsache“. Im weiteren Verfahren wollen die Richter prüfen, ob der BND auch offenlegen muss, was er Journalisten vertraulich mitgeteilt hat. Zuvor hatte das Berliner Verwaltungsgericht in erster Instanz Kanzlerin Angela Merkel dazu verpflichtet mitzuteilen, welche Journalisten sie 2016 zu vertraulichen Gesprächen getroffen hat. ran

Mandatehäufung

Arbeitgeber Meuthen

Mit seinem geplanten Wechsel ins Europäische Parlament wird der AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen künftig über ein großes Budget für Mitarbeiter verfügen. Neben den bis zu 24 164 Euro pro Monat für Personalausgaben als EU-Parlamentarier stehen ihm dafür bis zu 10 438 Euro monatlich im Stuttgarter Landtag zu. Meuthen darf nach Auskunft der Landtagsverwaltung auch Leistungen für „EDV-Ausstattung“ und „Reise-/Übernachtungskosten“ in Anspruch nehmen. Der derzeitige Fraktionschef der AfD will dem Landtag von Baden-Württemberg weiterhin als Abgeordneter angehören. Ihm werden deshalb zusätzlich eine steuerfreie Kostenpauschale von 2169 Euro und ein Vorsorgebeitrag von 1720 Euro gewährt, hierzu gibt es laut Landtag „keine Ausschlussregelung“. Für die Dauer des Doppelmandats ruht nur die eigentliche Diät von 7776 Euro monatlich. Meuthen hatte bei der Bekanntgabe seines Wechsels finanzielle Einbußen hervorgehoben. Diese treten aber vor allem durch den Rückzug vom Fraktionsvorsitz ein – einem Amt, in welchem Meuthen seit Langem umstritten ist. fri

SPD

Schwesig kritisiert Schulz

In der SPD gibt es Unmut über den Kurs von Parteichef Martin Schulz. Die stellvertretende Vorsitzende Manuela Schwesig wirft Schulz vor, bei seinen Reformplänen die Interessen von Frauen zu vernachlässigen und keine Angebote für Wählerinnen zu machen. „In unserem Leitantrag findet sich bislang nichts zu dem Versprechen, dass die SPD weiblicher werden muss. Das ist ungenügend. Wir brauchen jetzt konkrete Maßnahmen, wie wir Frauen auf allen Ebenen der Partei stärker beteiligen und ihre Lebensrealitäten besser abbilden“, sagt Schwesig. In einer Überarbeitung des Leitantrags für den nächsten Parteitag hat die Regierungschefin von Mecklenburg-Vorpommern an mehreren Stellen Änderungswünsche hinterlassen. So fordert sie, im Willy-Brandt-Haus eine Stabsstelle für Gleichberechtigung einzurichten. Zudem will sie „familienfreundliche Sitzungszeiten“ und „Fortbildungen zum Thema Gender“. „Wenn die SPD Volkspartei bleiben will, muss sie vielfältiger denken“, sagt Schwesig. vme

EFREM LUKATSKY / AP

Asow-Demonstranten

Rechtsextremismus

Neonazi-Söldner in der Ukraine

Das rechtsextremistische Freiwilligenbataillon Asow, das im Ukrainekonflikt gegen prorussische Separatisten kämpft, bekommt verstärkt Zulauf aus Europa, auch aus Deutschland. Kämpften 2014 noch rund 850 Söldner in der Miliz, sind es heute nach Angaben von Sicherheitsbehörden bereits über 2500. Grund ist eine Rekrutierungsoffensive für eine „Rückeroberung Europas“, mit der das Regiment auch unter deutschen Neonazis um Nachwuchs wirbt. So wurden im Juli auf einem Rechtsrock-Festival im thüringischen Themar unter den Besuchern Flyer verteilt, die dazu einluden, „in die Reihen der Besten“ einzutreten, um „Europa vor dem Aussterben“ zu bewahren. In sozialen Netzwerken tauchten bereits Fotos deutscher Neonazis auf, die in Kampfanzügen mit Asow-Symbolen posieren. mba, kno

C. RIEWERTS / DER SPIEGEL

Entführte „Landshut“ 1977

Zeitgeschichte

Geheimnisse der „Landshut“-Entführung

Das Bundesinnenministerium hält 40 Jahre nach dem Einsatz der Antiterrortruppe GSG 9 in Mogadischu immer noch Unterlagen zurück. Die Polizeieinheit hatte 1977 die entführte Lufthansa-Maschine „Landshut“ mit mehr als 80 Geiseln befreit. Minister Thomas de Maizière (CDU) hat nun die Geheimhaltungsfrist für die GSG-9-Akten bis 2037/2038 verlängert. Die vier palästinensischen Terroristen hatten den Flugkapitän erschossen und forderten die Freilassung von Gesinnungsgenossen aus deutscher und türkischer Haft. Die GSG 9 tötete bei der Befreiung drei Terroristen; die vierte Geiselnehmerin, eine Stewardess und ein GSG-9-Mann wurden verletzt. Unter den Geheimpapieren finden sich die Einsatzberichte, vermutlich auch das Einsatztagebuch und Unterlagen aus den Einsatzbesprechungen mit den GSG-9-Männern. De Maizière beruft sich auf „polizeitaktische Gründe“. klw